

Solidaritätsstiftung : von einer guten Idee und ihren Klippen

Autor(en): **Bühlmann, Cécile**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341340>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Solidaritätsstiftung: Von einer guten Idee und ihren Klippen

Es herrschte eine grosse Aufregung im Bundeshaus, am Morgen jenes 5. März, als die Rede des Bundespräsidenten zur Schweiz im zweiten Weltkrieg auf der Traktandenliste der Vereinigten Bundesversammlung stand. Ich war zusammen mit einigen Parlamentskolleginnen um sieben Uhr in der Früh bei Bundesrat Cotti zu einem Gespräch über Familienpolitik eingeladen, als er uns eröffnete,

Cécile Bühlmann

dass er gleich wieder weggehen müsse. Es sei ganz kurzfristig eine Information des Bundesrates für die Parteipräsidenten und die FraktionschefInnen über die bevorstehende Rede des Bundespräsidenten angesetzt worden. Offensichtlich war diese Information nur für die Bundesratsparteien vorgesehen, als Fraktionspräsidentin der Grünen wusste ich jedenfalls nichts davon. Ich fragte mich bloss, was denn an einer Rede des Bundespräsidenten so aussergewöhnlich sein könne, dass er die Spitzen der Regierungsparteien so kurz vorher noch darüber im kleinen Kreis informieren müsse.

Eine Rede an die «andere» Schweiz

Nun, am Ende der Rede von Bundespräsident Koller war es dann klar: Es war die

eilig aus der Not geborene Idee von der Solidaritätsstiftung, die der Bundesrat durch das vorherige Einweihen einiger Leaderfiguren nicht ganz für alle wie eine Bombe hatte platzen lassen wollen. Ich selber hörte wie die meisten anderen meiner RatskollegInnen als ZuhörerIn der präsidentialen Rede das erste Mal von dieser Stiftung.

Ich kann nicht sagen, dass mich das im Moment sehr beeindruckt hätte, denn viel mehr als die Idee der Stiftung ging mir die Rede Kollers nach, in der er nur ein einziges Mal und erst gegen den Schluss der Rede das Wort Antisemitismus gebrauchte: «Und wenn wir heute gemeinsam eine Lehre für die Zukunft ziehen müssen, dann sicher die, dass wir wachsam sein müssen gegen jeden Anfang von Intoleranz und Rassismus, selbstverständlich auch in der Form des Antisemitismus». Das fand ich wenig, zu wenig angesichts des neu aufgeflamnten Antisemitismus in der Schweiz und angesichts der Tatsache, dass während des Zweiten Weltkrieges die offizielle schweizerische Haltung den Flüchtlingen gegenüber antisemitisch motiviert war. Der Antisemitismus war weit verbreitet und die schäbige Behandlung der Überlebenden des Holocaust durch die Schweizer Banken geschah nicht nur aus Geldgier, sondern auch deshalb, weil die Bittsteller Jüdinnen und Juden waren. Auch kein Wort in der Rede

**Solidarität ist die
Grundvoraussetzung
für das Erreichen
der wichtigsten
politischen Ziele.**

des Bundespräsidenten von jenen Menschen, die der antisemitischen schweizerischen Flüchtlingspolitik Widerstand geleistet hatten. Es wäre der Ort gewesen, Paul Grüninger offiziell zu würdigen als Beispiel für jene Solidarität, die exakt hinter der Stiftungsidee steckt.

Ich hatte während der ganzen Rede von Bundespräsident Koller das Gefühl gehabt, er spreche nicht mich und jene Leute an, die sich für eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit unserer Geschichte einsetzen, sondern ausschliesslich die rückwärtsgewandten Bewahrer des heilen Schweizbildes und die verunsicherte Aktivdienstgeneration. Deshalb fühlte ich mich im ersten Moment auch gar nicht mitgemeint, als er am Schluss der Rede von der Solidaritätsstiftung zu sprechen begann. Erst mit der Zeit und anhand der Reaktionen wurde mir die Tragweite der Idee der Stiftung für Solidarität bewusst. Grundsätzlich hatte ich sofort viel Sympathie dafür, denn Solidarität ist für mich die Grundvoraussetzung für das Erreichen der wichtigsten politischen Ziele: sozialer Ausgleich zwischen Armen und Reichen, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Einheimischen und den Eingewanderten, zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen den Generationen.

Erste Klippe: Flüchtlingspolitik

Und damit begann auch gleichzeitig das Dilemma für mich: Es war Bundesrat Koller, der die Idee der Stiftung für Solidarität bekanntgab. Das ist der gleiche Bundesrat, aus dessen Mund seit Jahren die immer gleiche Rede von «Ausländern und Kriminalität» kommt, wann immer er sich zu AusländerInnen und Flüchtlingen äussert. Es gibt keine Aussage Kollers über Flüchtlinge, Migration oder Integration, in der er sich nicht über die sogenannte Ausländerkriminalität auslässt und so am rassistischen Diskurs in diesem

Land mitbeteiligt ist. Nicht einmal an der Tagung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zum «Tag des Flüchtlings» vom 14. Juni unterliess er es, diesen unheilvollen Zusammenhang wieder zu konstruieren. Was haben die bosnischen Flüchtlinge mit Kriminalität zu tun? Hatte Bundesrat Koller vor lauter Stammtischpublikum vor dem geistigen Auge wohl vergessen, dass in diesem Saal lauter Leute sassen, die sich in ihrem Alltag für ein menschenwürdiges Miteinander von Einheimischen mit Flüchtlingen einsetzen? Das waren alles Leute, für die Solidarität kein hohles Wort, sondern Alltagspraxis ist, und genau diese Leute, die eigentlich Kollers beste Verbündeten auch für die Solidaritätsstiftung wären, stiess er so vor den Kopf!

Oder der gleiche Bundesrat Koller handelt mit Milosevic ein Rückschiebeabkommen aus, um ihm exakt jene 12'000 Leute albanischer Ethnie auszuliefern, die jener mit brutaler Repressionspolitik ja ganz gezielt vertrieben hatte. Und da sagt dieser gleiche Bundesrat in seiner Rede zur Begründung der Solidaritätsstiftung: «Not, Armut, Ungerechtigkeit, Völkermord und Missachtung der Menschenrechte sind ja nicht nur Ereignisse der Geschichte, sondern auch unübersehbare und stossende Realitäten von heute. Es spricht daher viel dafür, ein Werk der Solidarität zu schaffen, das viel breiter angelegt ist.» Da verstehe ich wirklich die Welt nicht mehr: Da leben hier und heute 12'000 Menschen, die genau aus dieser Not, Armut, Ungerechtigkeit, wegen Missachtung der Menschenrechte zu uns geflohen sind, und der gleiche Bundesrat, der mit genau diesen Argumenten für die Solidaritätsstiftung wirbt, geht hin und macht zum Ziele der Rücksschaffung dieser Menschen ein Abkommen mit einem der schlimmsten Menschenrechtsverletzer unserer Zeit. Das ist das eine Dilemma.

Zweite Klippe: Sozialpolitik

Das andere ist, dass immer mehr die Rede vom aufgeblähten Sozialstaat ist, den wir uns angeblich nicht mehr leisten können und dass immer mehr Menschen in diesem Land erleben, dass es ihnen real schlechter geht. Und in die gleiche politische Landschaft soll die Idee der Solidaritätsstiftung gesetzt werden. Da geht etwas nicht auf. Solidarität in der Demokratie heisst, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in diesem Land, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Alter ein menschenwürdiges Leben führen können. Das ist die Aufgabe der Politik in einem demokratischen Staat, dieser kann er sich durch keine noch so gut dotierte Solidaritätsstiftung entziehen. Denn Solidarität in der Demokratie kann nicht durch Wohltätigkeit und Almosenverteilen gelebt werden, sondern durch eine gute Sozialpolitik mit dem Rechtsanspruch einer jeden Person auf die ihr zustehenden Leistungen für eine würdige Existenz. Es geht also nicht darum, wie Bundesrat Villiger gesagt hat, mit den Geldern der Solidaritätsstiftung Wüsten zu begrünen, sondern es geht darum, durch ein gutes soziales Netz keine Wüsten entstehen zu lassen. Deshalb ist es schwierig, im Landesinnern vernünftige Vorschläge für den künftigen Einsatz von Stiftungsgeldern zur Linderung von Not zu machen. Da sollten eigentlich die Risiken durch entsprechende Sozialversicherungen wie Altersvorsorge, Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Mutterschaftsversicherung und allenfalls mit der Einführung eines existenzsichernden Mindesteinkommens abgedeckt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass man bei diesen Sozialwerken spart und dann die sogenannten Härtefälle durch Stiftungsgelder aufzufangen versucht. Damit würde das System des Rechtsanspruches auf Versicherungsleistungen unterlaufen. Das häufige Gerede von der verpönten Giesskanne geht genau in diese Richtung. Das muss unbedingt

vermieden werden, deshalb darf mit der Stiftung nicht Sozialpolitik gemacht werden.

Sinnvoller Einsatz von Stiftungsgeldern

In der Schweiz sehe ich deshalb den Hauptzweck der Stiftung in der Prävention: Es soll gezeigt werden, was für Mechanismen zu Menschenrechtsverletzungen, Ungerechtigkeiten und Krieg führen und unter welchen Bedingungen das verhindert werden kann. Dazu gehören Forschung und Lehre über Rassismus und Antisemitismus, die Kenntnisvermittlung über die Menschenrechte und die Unterstützung von Organisationen, die in diesen Bereichen tätig sind. Denn häufig wird Rassismus als ideologisches Vehikel gebraucht, um Krieg und Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen. Deshalb kann man nicht genug über diese Zusammenhänge wissen.

Kein Problem dürfte es – leider – sein, im Ausland Geld der Stiftung direkten Opfern von Not, Armut, Krieg und Menschenrechtsverletzungen zukommen zu lassen. Da wird eher die Schwierigkeit sein, welchen unter den Tausenden von Opfern unsere Hilfe zukommt.

Aber auch im Ausland gäbe es präventive Interventionsmöglichkeiten, um zu verhindern, dass überhaupt Opfer entstehen. Ich stelle mir vor, dass in Krisenherden, in denen sich gefährliche Entwicklungen abzeichnen, durch Monitoring, finanziert mit Stiftungsgeldern, der Ausbruch gewalttätiger Auseinandersetzungen verhindert werden könnte. Oder ich sähe auch in der Unterstützung von Organisationen, die gewaltfreie Konfliktlösung üben, sinnvoll eingesetztes Stiftungsgeld. Keinesfalls aber darf die Stiftung als Ersatz für die heute schon geleistete staatliche Entwicklungszusammenarbeit gebraucht werden.

Der Hauptzweck der Stiftung liegt in der Prävention.

Nur mit vereinten Kräften schaffen wir es

Ich habe jetzt die Klippen gezeigt, welche die Stiftung zu umgehen hat, wenn sie im linken politischen Spektrum auf Unterstützung zählen will. Da aber Solidarität das Leitmotiv linker Politik ist, werden sich Leute mit linkem Selbstverständnis kaum gegen die Stiftung wenden, sie werden ihr vielleicht aus den oben genannten Gründen aber eher zurückhaltend gegenüberstehen.

Das genügt aber nicht, denn der grosse Demagoge aus Zürich hat der Stiftung bereits den Kampf angesagt. Er hat die Stiftungsidee verhunzt und Leute, die für sie eintreten, lächerlich gemacht. Mit der primitivsten aller Plakatekampagnen, die ich je gesehen habe, wird die Solidaritätstiftungsidee als Erpressung verunglimpft und werden Gefühle wie Neid und Missgunst geschürt und dem «Schweizervolk» suggeriert, es werde von seiner eigenen Regierung für dumm verkauft.

Diese simple und bösertige Botschaft wird ihre Wirkung nicht verfehlen und sie wird der Stiftungsidee massiven Schaden zufügen. Deshalb wird es den Einsatz aller Leute ausserhalb des Blocherlagers brauchen, um die Stiftung mehrheitsfähig zu machen. Diese Lagebeurteilung hat mich dazugebracht, immer zurückhaltender öffentlich meine eingangs erwähnte Kritik an der Stiftungsidee kundzutun. Eigentlich verrückt, dass angesichts der politischen Dampfwalze von rechts eine konstruktive Kritik kaum mehr möglich ist! Dieser Druck verunmöglicht eine offene Auseinandersetzung zwischen Leuten,

die für die Stiftung eintreten wollen, ihr aber aus den eingangs erwähnten Gründen nicht unkritisch gegenüberstehen, mit denen, die Solidarität ganz anders interpretieren. Dadurch wird eine vorschnelle Einigkeit vorgegeben, bevor eine eigentliche Diskussion über Sinn, Zweck und Verständnis von Solidarität geführt werden konnte. Schade um das Stück veränderter politischer Streitkultur. Dieses Muster beginnt unter dem polarisierenden Einfluss der Blocherschen Polemik in der Schweiz Schule zu machen. Schöne neue Welt!

«Erfahrungen kommen gegen Beleh-rungen nicht an»

Wenn die Idee der Stiftung bei der Bevölkerung an der Urne eine Chance haben will, dann nur, wenn diese gleiche Bevölkerung Solidarität im Alltag erlebt, wenn die Leute keine Angst vor der Zukunft haben müssen, wenn sie selber sicher sind, dass ihnen in der Not geholfen wird, ohne dass sie darum betteln müssen. Wenn sie überzeugt davon sind, dass die gleichen Politikerinnen und Politiker, die sie für die Stiftungsidee gewinnen wollen auch die sind, die sich für eine gerechte und solidarische Schweiz einsetzen, dann wird die Stiftung eine Chance haben. Sich in diesem Sinn für die Stiftung, eingebettet in eine umfassende Solidaritätsdebatte einzusetzen, meine ich, lohne sich auf jeden Fall. Ich jedenfalls werde das meine dazubeitragen!

Cécile Bühlmann ist GP-Nationalrätin.